

Zur Topographie des Terrors im Lande:

**Die Politische Polizei bzw. Gestapo in
Württemberg und Hohenzollern 1933 – 1945**

Organisatorische Entwicklung

Niederlassungen

Terror- und Verfolgungspraxis

Recherche- und Autorengruppe zur Geschichte der Gestapo in
Württemberg

Mai 2010

Kontakt:

Sigrid Brüggemann

Tel.: 0711-8702737

sigibrugg@aol.com

Ingrid Bauz

Tel.: 0711-6493209

ibauz@gmx.de

(Veröffentlichung nur nach Rücksprache mit den VerfasserInnen)

Zur Topographie des Terrors im Lande: Die Politische Polizei bzw. Gestapo in Württemberg und Hohenzollern 1933 - 1945

Im Stuttgarter „Hotel Silber“ befand sich die Zentrale des staatspolizeilichen NS-Terrors. Die territoriale Zuständigkeit dieser Dienststelle der Politischen Polizei bzw. Gestapo erstreckte sich bis zum „Zusammenbruch“ im April 1945 auf das gesamte Staatsgebiet von Württemberg und Hohenzollern.

Organisatorische Entwicklung der Württembergischen Politischen Polizei bzw. Gestapo

Entstehung

Zu Beginn des Jahres 1933 war die Politische Polizei dem Stuttgarter Polizeipräsidium angegliedert und unterstand dem württembergischen Innenministerium mit seinem Staatspräsidenten, zuletzt Eugen Bolz, bis zu dessen Entmachtung nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Am 8. März 1933 bestellte die neue Berliner Reichsregierung den SA-Gruppenführer Dietrich von Jagow zum „Polizeikommissar für Württemberg“. „Unterkommissare“ sollten die Kontrolle über die Polizei in der Provinz sichern und den Einfluss von SA und SS stärken.

Die politische Polizei wurde aus der bisherigen Zuständigkeit des Stuttgarter Polizeipräsidiiums herausgelöst und es entstand eine eigenständige „Württembergische Politische Polizei“, die Anfang 1934 zum „Württembergischen Politischen Landespolizeiamt“ umgewandelt wurde.

Die Mitarbeiter der politischen Polizei

Nach bisherigem Kenntnisstand folgte auf die NS-Machtübernahme in Württemberg bei der Politischen Polizei kein erheblicher Personalwechsel. Offenbar zählte professionelle Qualifikation mehr als die Partei- oder Organisationszugehörigkeit. Freilich hatten sich die Beamten der Politischen Polizei größtenteils zuvor schon im Kampf gegen die alten wie neuen Feinde aus der linken Arbeiterbewegung bewährt und kannten deren Strukturen. Auf diese Kompetenzen und auf das angesammelte Wissen wollten und konnten die Nazis nicht verzichten. Beides bot die Gewähr für eine schnelle Zerschlagung der politischen Opposition. Die Beamten selbst waren geübt in Loyalität, was eine reibungslose Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse erwarten ließ. Ein großer Teil der Beamten der Politischen Polizei Württembergs trat erst nach der Machtübernahme der NSDAP der Partei bei.

Unterstellung unter die SS-Führung

Mit der Ernennung des Reichsführers SS Heinrich Himmler zum „Chef der deutschen Polizei“ im Juni 1936 wurde der gesamte Polizeiapparat im Reich unter SS-Führung gestellt. Diese Entwicklung bildete die Grundlage für eine ganz spezifische nationalsozialistische Institution, die Gestapo, deren Angehörige zwar nach wie vor Staatsbedienstete blieben, zusätzlich aber mit einer Formation der NSDAP verbunden wurden. Die SS integrierte das entscheidende Machtmittel der Exekutive - den Polizeiapparat - und ging daran, das Land und später ganz Europa nach völkischen Kriterien neu zu ordnen.

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Stuttgart

Am 1. Oktober 1936 erfolgte die Umbenennung des bisherigen „Württembergischen

Politischen Landespolizeiamts“ in „Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Stuttgart“. Die bisherigen Landesbeamten wurden nun zu Reichsbeamten.

Die Niederlassungen der politischen Polizei bzw. Gestapo im Lande

Der neuen und gewachsenen Bedeutung der politischen Polizei nach dem NS-Machtrtritt entsprach es, dass untergeordnete lokale Dienststellen ins Leben gerufen wurden. Ihr Aufbau wurde von Stuttgart aus geleitet und koordiniert. Bereits 1933 wurden die „Außenhauptstellen“ Ulm und Friedrichshafen sowie weitere Außenstellen in Aalen, Schwäbisch-Hall, Heilbronn, Oberndorf und Tübingen eingerichtet. Später kamen noch Außenstellen in Ellwangen, Sigmaringen und am Flughafen Böblingen bzw. Echterdingen hinzu.

„Schutzhaft“

Noch unter Hindenburg war gleich am Tag nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ – bekannt als Reichstagsbrandverordnung – erlassen worden, die fast alle Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte und die legalisierte Verfolgung der NS-Gegner einläutete.

In der Nacht vom 10. auf den 11. März 1933 rollte die erste Verhaftungswelle über Württemberg und brachte 500 Kommunisten in die örtlichen Gefängnisse. In den nächsten fünf Tagen folgten weitere Verhaftungen, so dass bis zum 15. März etwa 1700 kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre in „Schutzhaft“ genommen waren. Die Berechtigung der „Schutzhaft“ musste zwar alle drei Monate geprüft werden, konnte aber beliebig verlängert werden.

Das „Schutzhaftlager“ Heuberg

Am 20./21. März 1933 wurden politische Schutzhäftlinge auf den Heuberg bei Stetten am kalten Markt verbracht. Der größte Teil dieser Männer waren Mitglieder der KPD und ihrer Organisationen. Auch Sozialdemokraten und vereinzelt Mitglieder anderer Parteien wie der DVP oder DDP wurden hier festgesetzt. Die Haftdauer betrug durchschnittlich zwischen 2 und 4 Monate. Seinen höchsten Belegungsstand erreichte das Lager am 1. Mai mit 2086 Häftlingen.

Im Dezember 1933 wurde der Heuberg geräumt und die letzten 264 Häftlinge aus Württemberg auf den Oberen Kuhberg bei Ulm verlegt.

„Schutzhaft“-Abteilung Gotteszell

Für weibliche Häftlinge existierte zwischen März 1933 und Januar 1934 eine gesonderte „Schutzhaftlager“- Abteilung in der Frauenstrafanstalt Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd.

„Württembergisches Schutzhaftlager Ulm“

Das Fort Oberer Kuhberg in Ulm ist Teil einer großen Festungsanlage aus dem 19. Jahrhundert. Es wurde vom „Württembergischen Politischen Polizeiamt“ im Innenministerium zum Nachfolgelager des Heuberg bestimmt und diente ab November 1933 als „Schutzhaftlager“. Insgesamt waren 500 bis 600 Häftlinge auf dem Kuhberg inhaftiert. Am 11. Juli 1935 wurden die letzten 31 Häftlinge in das KZ Dachau verbracht. Sie erhielten eine Nummer und nun begann ein weiterer oft jahrelanger Leidensweg durch die Konzentrationslager.

Polizeigefängnis Welzheim

Im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis und Amtsgerichtsgebäude Welzheim richtete die Gestapo Stuttgart 1935 nach der Schließung des Lagers Oberer Kuhberg ein neues Lager ein. Das Lager diente als Schutzhaftlager und als Durchgangslager für alle Arten von Häftlingen. Nach der Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 wurden auch Juden nach Welzheim verbracht. Während des Krieges kamen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ins Lager.

Die Haft konnte drei bis vier Wochen dauern oder aber man saß Jahre ein. Der Haftbefehl wurde von der Gestapo Stuttgart ausgestellt. Hier konnte es ganz einfach heißen: „[...] wird wegen des Verdachts hoch- und landesverräterischer Betätigung in Schutzhaft genommen“. So gab es hier auch Gefangene, die mehrere Jahre in Welzheim inhaftiert blieben, wie der Kommunist Frieder Schlotterbeck. Von Welzheim aus wurden auch Gefangene zur Zwangsarbeit an Betriebe in der Umgebung verliehen.

Das „Polizeigefängnis“ Welzheim war ursprünglich für 12 Gefangene ausgelegt. Nun wurden hier zwischen 60 und 180 Häftlinge untergebracht. Wie viele Häftlinge insgesamt dort waren ist ungewiss. Teilweise tauchen Zahlen bis zu 15 000 Häftlingen auf. Dies scheint aber angesichts der Größe des Lagers unwahrscheinlich zu sein. Von 61 Menschen ist gewiss, dass sie im Lager starben.

Seit November 1941 wurden in einem Steinbruch unweit der Haftanstalt Exekutionen durchgeführt. Die Opfer, die ohne richterliches Verfahren oder Urteil erhängt oder erschossen wurden, waren meist Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion.

AEL Aistaig

Arbeitskräfte, deutsche wie ausländische, konnten in schwereren Fällen von Disziplinwidrigkeiten in ein so genanntes „Arbeitserziehungslager“ (AEL) eingewiesen werden. Jedoch anders als bei einer auf unbestimmte Dauer verhängten KZ-Haft sollten sie bald wieder ihrem jeweiligen Betrieb zur Verfügung stehen.

Im Juni 1941 errichtete die Stapoleitstelle Stuttgart das AEL Kniebis-Ruhestein. Dort mussten die Häftlinge an der Trassierung der Schwarzwaldhochstraße arbeiten. Nach einem halben Jahr wurde das Lager in das etwa 50 Kilometer entfernte Aistaig bei Oberndorf am Neckar verlegt, wo die Häftlinge u.a. bei der Waffenfabrik Mauser zum Einsatz kamen. Insgesamt waren in Aistaig etwa 4 500 Personen inhaftiert, mehrheitlich Nichtdeutsche. Es kam zu Morden und Misshandlungen mit Todesfolge. Unter den überlebenden Häftlingen befand sich der ehemalige Zentrumsabgeordnete im Reichs- und im württembergischen Landtag, Josef Andre, der nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 für sechs Wochen nach Aistaig eingewiesen worden war.

Das AEL Aistaig besaß ein Nebenlager in Metzingen.

AEL Rudersberg

Das Lager wurde am 1. Juli 1942 eröffnet und sollte weibliche Schutzhäftlinge der Gestapo Stuttgart und Karlsruhe aufnehmen. Das Lager war im ehemaligen Gasthof „Zur Ritterburg“ untergebracht. Im gegenüberliegenden Holzwerk mussten die inhaftierten Frauen arbeiten und Munitionskisten herstellen.

Es waren ca. 100 bis 200 Frauen gleichzeitig im Lager untergebracht. Die Gesamtzahl der Häftlinge ist nicht mehr genau festzustellen. Allein 1943 wurden mindestens 724 Frauen ins Lager eingewiesen. Neben deutschen, unter ihnen die Stuttgarter Kommunistin Gertrud Müller, kamen viele Frauen aus Frankreich, Polen und der Sowjetunion. Für viele war das Lager nur Durchgangsstation auf dem Weg nach Auschwitz oder Ravensbrück.

Haftgründe waren, wie es hieß, „Arbeitsvertragsbrüche“, Beziehungen zu

Zwangsarbeitern, politische oder religiöse Gründe oder weil Frauen als „Asoziale“ eingestuft worden waren.

Das Lager wurde am 20. April 1945 aufgelöst.

Weitere Haftstätten

Beinahe alle Haftanstalten im Land wurden von der Gestapo mit beansprucht. Auf dem Hohen Asperg hatte man bereits 1933 den entmachteten früheren Staatspräsidenten Eugen Bolz inhaftiert. Nach Kriegsbeginn wurden aufgrund einer vorbereiteten Gestapo-Kartei potentielle Gegner verhaftet, die man auf dem Asperg festhielt, bis sie ins KZ Buchenwald verbracht wurden.

Im Amtsgerichtsgefängnis in Sulz am Neckar verhörten und misshandelten 1944 Stuttgarter Gestapobeamte wochenlang polnische Zwangsarbeiter, die des Waffendiebstahls und der Vorbereitung eines Aufstandes verdächtigt wurden. Dabei wurden fünf Polen zu Tode gefoltert und zwei in den Selbstmord getrieben.

Im Vergleich zum gesamten von der Stuttgarter Zentrale kommandierten Haftstättenimperium erscheint die hauseigene Haftkapazität gering. Im „Hotel Silber“ dienten drei Verwahrzellen dazu, Beschuldigte für die Verhöre festzuhalten. Für Haft von mittlerer Dauer standen das Polizeigefängnis in der Büchsenstraße in Stuttgart oder das Gefängnis der „Stadtdirektion“ zur Verfügung. Als diese beiden Gebäude durch Kriegseinwirkung im Juli 1944 zerstört worden waren, baute man den Keller des „Silber“ zu einem größeren Gefängnis aus. Die Kellerräume wurden wie der übrige erhalten gebliebene Gebäudeteil auch nach dem Luftkriegsschaden vom 12./13. September 1944 genutzt. Zunächst musste man zusammenrücken, bis der Umzug der Dienststelle in die Heusteigstraße erfolgen konnte. Doch auch danach wurden die Räume in der Dorotheenstraße nicht völlig aufgegeben. Noch am 10. April 1945 wurde im Keller des „Hotel Silber“ Else Josenhans erhängt.

Zielgruppenspezifische Terror- und Verfolgungsmaßnahmen

Da das Operationsgebiet der Politischen Polizei bzw. Stapoleitstelle sich auf den ganzen Gau Württemberg erstreckte, waren Menschen aus allen Teilen des Landes als Parteileute, Beamte, Denunzianten, V-Leute oder in sonstiger Weise in die Tätigkeit der Gestapo involviert. Menschen aus allen Teilen des Landes waren auch von ihren Maßnahmen betroffen. Zu den zahlenmäßig bedeutendsten Zielgruppen der Gestapoaktivitäten zählten neben den politischen Gegnern und Gegnerinnen die Menschen jüdischer Abstammung, Teile der Kirchen und die ausländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter.

Im Falle des Attentäters Georg Elser leiteten Beamte der Stapoleitstelle Stuttgart die Ermittlungen gegen die Familie Elser. Sie verhafteten die in Württemberg lebenden Eltern und Geschwister und verhörten die Einwohner Königsbronns sowie alle Leute aus der Umgebung, die mit Elser zu tun gehabt hatten. Dabei ging es nicht nur um die Ermittlung potentieller Komplizen, sondern auch um die Erstellung eines Soziogramms der Familie Elser.

Ein eigenes Kapitel, sofern sie nicht nur Zuträger waren, stellen die Gestapo-Spitzel dar. Sie wurden gezielt in oppositionelle Strukturen eingeschleust oder auf einzelne Personen angesetzt. Bekannt ist das Beispiel des Gestapoagenten Eugen Nesper, der sich das Vertrauen der kommunistischen Widerstandsgruppe Schlotterbeck erschlichen hatte und technisches Gerät zur Verfügung stellte, um kriegswichtige Informationen aus Rüstungsbetrieben nach Moskau senden zu können. Für die Arbeit mit den V-Leuten war das besonders abgeschirmte „Nachrichtenreferat“ der

Stapoleitstelle zuständig.

Im Folgenden soll die exekutive Praxis der Gestapo beispielhaft anhand von Verfolgengruppen skizziert werden. Dass hier der Kürze halber nicht alle Gruppen berücksichtigt werden, soll keine Wertung darstellen.

Die Verfolgung von „Asozialen“, „Arbeitsscheuen“ und Sinti und Roma

Mit der Zusammenlegung der Geheimen Staatspolizei mit der Kriminalpolizei auf Reichsebene unter dem gemeinsamen Dach der Sicherheitspolizei im Juni 1936 kam es zu einer deutlichen Erweiterung der Aufgaben der Gestapo und einer engen Verzahnung der Arbeit dieser beider – auf Landesebene weiterhin institutionell getrennten – Behörden. Die Verfolgungsmaßnahmen wurden auf gesellschaftliche Gruppen, die als „Gemeinschaftsfremde“ stigmatisiert und ausgegrenzt wurden, ausgeweitet.

Sozial abweichendes Verhalten wurde hierbei zumeist biologistisch als Folge einer „erblichen Minderwertigkeit“ erklärt. Unter diesem Diktum der Kriminalbiologie wurden durch die Gestapo und die Kripo unter anderem Personen, die mehrmals unentschuldig ihrem Arbeitsplatz fernblieben, in Arbeitserziehungslager oder Konzentrationslager eingewiesen. Für diesen Aufgabenbereich war in der Stapoleitstelle Stuttgart laut dem Geschäftsverteilungsplan vom 1. April 1944 der SS-Obersturmführer und Kriminalkommissar Gustav Raff zuständig.

Bei den Verhaftungen im April 1938 unter dem Titel „Aktion Arbeitsscheu Reich“ war die Gestapo zunächst auf Behördenauskünfte angewiesen. So hatte die Staatspolizeileitstelle Stuttgart beispielsweise das Wohlfahrtsamt der Stadt Stuttgart aufgefordert, eine detaillierte Meldung aller in Frage kommenden „Arbeitsscheuen“ zu senden, worauf hin dieses willfährig 12 Personen nannte, auf die die von der Stapoleitstelle genannten Kriterien angeblich zuträfen. Außerdem wurden noch 29 weitere „Arbeitsscheue“ namentlich genannt. Bei der von der Gestapo organisierten ersten Verhaftungswelle von April 1938 wurden deutschlandweit ungefähr 2 000 Männer verhaftet, die als arbeitsfähig galten und die durch mindestens „zweimalige Arbeitsverweigerung“ aufgefallen waren. Sie wurden auf unbestimmte Zeit im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, wo viele von ihnen zu Tode kamen.

Die kriminalbiologisch und rassistisch begründete Verfolgung von Sinti und Roma wurde zwar zum größten Teil von der Kriminalpolizei betrieben, die Gestapo war jedoch auch hieran beteiligt. So waren die Stapoleitstellen für das Einziehen des Vermögens deportierter „Zigeuner“ zuständig.

Die Bekämpfung von Homosexuellen

Neben der Stuttgarter Kripoleitstelle wurden Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen Homosexuelle in Württemberg von der Stuttgarter Stapoleitstelle organisiert und durchgeführt. Seit dem sog. „Röhm-Putsch“, bei dem 1934 u. a. der bekanntermaßen homosexuelle SA-Chef Ernst Röhm ermordet wurde, wurde die staatliche Homosexuellenverfolgung reichsweit ausgeweitet und verschärft. Hierzu wurde 1936 die „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung“ beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin gegründet.

Die Gestapomitarbeiter und -mitarbeiterinnen im „Hotel Silber“ und in den Außendienststellen hatten mit dem sog. Vordruck B („Meldung über Verbrechen und Vergehen nach den §§ 174, 175, 175a und 176 RStGB“) der Reichszentrale die Personalien der Homosexuellen (Beruf, Wohnort, Geburtstag und –ort, Religion, „Rasse“, Familienstand, Staatsangehörigkeit) sowie die Namen ihrer Sexualpartner zu melden. Auf der Rückseite des Vordrucks war zusätzlich zu vermerken, ob und wann der Homosexuelle festgenommen und in welche Anstalt er gegebenenfalls gebracht worden war. In einer weiteren Anweisung der Reichszentrale vom 10. August 1937 wurden die Polizisten dazu verpflichtet, im Drei-Monats-Takt zu berichten, wie viele

Homosexuelle ermittelt werden konnten. Die Außenstellen der Stapoleitstelle hatten dabei zu helfen, auch aus der Umgebung homosexuelle Männer aufzuspüren. Reichsweit wurden zwischen 1937 und 1940 über 90.000 Homosexuelle in den „Rosa Listen“ erfasst.

Ab 1940 wurden alle Homosexuellen, die mehr als einen Sexualpartner gehabt hatten, nach Verbüßung ihrer Gefängnis- oder Zuchthausstrafe in ein KZ gebracht. Im Geschäftsverteilungsplan der Staatspolizeileitstelle Stuttgart vom 1. April 1944 ist SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Walter Schurer als Referatsleiter von IV 5 „Sonderfälle“, die auch „Homosexuelle“ einschlossen, genannt.

Die Verfolgung von Religionsgemeinschaften

Auch der Kampf gegen die heterogene Opposition aus evangelischen und katholischen Kreisen war Sache der Gestapo. Ihr Instrumentarium reichte von einschüchternden Verhören und Verwarnungen, Predigtverboten, Verhängung von Sicherungsgeldern (eine Art Pfand, das bei Wohlverhalten zu einem späteren Zeitpunkt rückerstattet wurde) bis zu Ausweisungen aus Württemberg (so wurde der Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll 1938 von der Gestapo außer Landes gebracht und durfte Württemberg bis zur Befreiung nicht mehr betreten), zur „Inschutzhafnahme“ und zu KZ-Einweisungen. Mehrere hundert Geistliche und Kirchengemeindeglieder in Württemberg waren von den Verfolgungsmaßnahmen betroffen.

Besonders rigoros bekämpft wurden die praktizierenden Zeugen Jehovas, die sich konsequent der nazistischen Volksgemeinschaft verweigerten. Sie traten keinen Nazi-Organisationen bei, lehnten jegliche Arbeit an Rüstungsgütern ab und verweigerten Wehrdienst. Parallel dazu entwickelten sie illegale Strukturen zum Zweck der Aufrechterhaltung ihrer Organisation und der Bestärkung ihrer Mitglieder. Diese „staatsfeindliche Haltung“ machte die Zeugen Jehovas zum Gegenstand staatspolizeilicher Verfolgung und viele bezahlten ihre Standhaftigkeit mit Haft, Entziehung ihrer Kinder, KZ-Einweisungen und ihrem Leben.

Die Durchsetzung der Judenpolitik

Der Stapoleitstelle Stuttgart kam die Schlüsselrolle bei der Terrorisierung, Vertreibung und Deportierung der württembergischen jüdischen Frauen und Männer zu. Sie war Hauptakteur bei dem arbeitsteilig organisierten Völkermord an den europäischen Juden und Jüdinnen. Hierfür zuständig war das „Judenreferat“ im „Hotel Silber“.

Im Oktober 1938 wurden jüdische Frauen und Männer mit polnischer Staatsbürgerschaft aus dem Reich abgeschoben. Die Gestapobeamten gingen dabei mit rücksichtsloser Konsequenz vor. Nach Kriegsbeginn wurden alle in Württemberg noch verbliebenen männlichen Juden polnischer Herkunft verhaftet und über den Hohenasperg bei Ludwigsburg in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert.

Unmittelbar nach den Synagogenbrandstiftungen im November 1938 trat die Gestapo als der bestimmende Akteur der Judenverfolgung auf, indem sie jüdische Männer in ganz Württemberg verhaftete und in das Polizeigefängnis Welzheim oder in das KZ Dachau verschleppte.

Eine württembergische Besonderheit war die regionale Binnendeportation älterer jüdischer Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben standen, in Gemeinden mit traditionell hohem jüdischem Bevölkerungsanteil bzw. in ländliche Altersheime. Solche Zwangsaltersheime gab es in Dellmensingen, Eschenau, Herrlingen, Oberstotzingen, Tigerfeld und Weißenstein.

Als 1941 die großen Deportationen in den Osten einsetzten, wurde die Verschleppung der Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Abstammung von der Stapoleitstelle Stuttgart unmittelbar geplant und organisiert.

Insgesamt wurden aus Württemberg und Hohenzollern bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus über 2400 jüdische Menschen verschleppt. Die meisten von ihnen wurden ermordet oder gingen an Hunger und Erschöpfung zugrunde. Nur wenige haben überlebt.

Die Verfolgung der „Fremdvölkischen“

Mit dem Masseneinsatz polnischer und sowjetischer Arbeiterinnen und -arbeitern während des Krieges eröffnete sich für die Gestapo ein neues Betätigungsfeld. Für alle schwerwiegenden Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin und die den Polen und „Ostarbeitern“ auferlegten Verhaltensvorschriften war sie zuständig. Des sexuellen Umgangs mit deutschen Frauen überführte Polen oder „Ostarbeiter“ wurden ohne Gerichtsverfahren zur Abschreckung erhängt, und zwar zumeist in der Nähe des „Tatorts“. Die Leitstelle Stuttgart verfügte eigens zu diesem Zweck über einen transportablen Galgen. So wurde die Provinz bis in die Dörfer hinein vom Gestapo-Terror durchdrungen. Doch auch in den industriellen Zentren wurde staatspolizeilich exekutiert, hier traf es vor allem „Ostarbeiter“, die verdächtigt waren, Diebstähle begangen zu haben. Auch sie wurden - wenn man sie nicht zur Erschießung nach Welzheim brachte - an Ort und Stelle erhängt.

Die sich in der Obhut der Wehrmacht befindlichen sowjetischen Kriegsgefangenen blieben vom Gestapo-Terror ebenfalls nicht verschont. Im Stammlager V A Ludwigsburg wurden politisch Verdächtige „ausgesondert“, die anschließend in Dachau oder Mauthausen erschossen wurden. Außerdem wurden in einer weiteren Aktion Mitglieder der süddeutschen sowjetischen Widerstandorganisation „Brüderliche Zusammenarbeit“ (BSW) verhaftet. Der russische Arzt Jossif Aljberdowsky starb in Welzheim an Nahrungsentzug.

Die an den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie Zwangsarbeiterinnen verübten Verbrechen sind in Anbetracht der Herkunft der Verfolgten von europäischer Dimension. In Württemberg stellen Nichtdeutsche nach den jüdischen Verfolgten und Ermordeten die umfangreichste Opfergruppe des Gestapo-Terrors.